

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

Dr. Klaus Rave zur Lage in Schleswig-Holstein: Die CDU muß in die Opposition, um wieder sensibel für die Demokratie zu werden.

Seite 1

Margit Conrad MdB zu einem Werkstattgespräch der SPD: Kein gutes Zeugnis für die Bonner Anti-AIDS-Politik.

Seite 4

Eckart Kuhlwein MdB zum Haushalt von Bildungsminister Möllemann: Vorne und hinten abgeschnitten.

Seite 6

42. Jahrgang / 182

24. September 1987

Die CDU im Norden muß in die Opposition

Anders hat sie keine Chance Sensibilität für die Demokratie zu entwickeln

Von Dr. Klaus Rave
Landesgeschäftsführer der SPD in Schleswig-Holstein

Der Aufbruch im Norden, zu dem die Sozialdemokraten bei der Landtagswahl aufgefordert hatten, hat zu einem Umbruch der politischen Verhältnisse in Schleswig-Holstein geführt.

Über 700.000 Wählerinnen und Wähler, das hat die SPD in Schleswig-Holstein sonst nur bei Bundestagswahlen erreicht - oder bei der Landtagswahl 1983 im Sog der Bundestagswahl, die eine Woche zuvor stattgefunden hatte. Als einzige Partei hat die SPD gegenüber der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 in absoluten Zahlen an Stimmen hinzugewonnen. Dem stehen heftige Verluste der CDU, eine Halbierung bei den FDP-Stimmen und ein Tiefstand bei den Grünen gegenüber.

Die positive Entwicklung der SPD in Schleswig-Holstein mit diesem hervorragenden Landtagswählerfolg ist Ergebnis der langjährigen konsequenten Programmarbeit, der glaubwürdigen Übereinstimmung von Programm, handelnden Personen wie Björn Engholm und Günther Jansen und politischer Praxis. Und nicht zuletzt eines fairen, sachlichen und unheimlich engagiert geführten Wahlkampfes. Der landespolitische Neuanfang, für den die Sozialdemokraten angetreten sind und weiter eintreten, wird sichtbar auf drei Ebenen:

1. Am 13. September hat die SPD den höchsten Anteil an Direktmandaten der letzten Jahrzehnte in Schleswig-Holstein erzielt. 28 Wahlkreise und ihre regionalen Interessen werden künftig von Sozialdemokraten in Kiel vertreten, acht davon mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet (von 51,8 Prozent bis 63,7 Prozent). Die CDU hat nicht nur 17 Wahlkreise verloren, sondern verfügt auch in keinem einzigen Wahlkreis des Landes mehr über eine absolute Mehrheit. Das ist ein struktureller Umbruch.
2. Trotz der stark gesunkenen Wahlbeteiligung hat die SPD in zwölf Wahlkreisen auch an absoluten Stimmen dazugelegt (von

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verlagsgesellschaft
mit verbundene Rotations-
Reinigungs-Papier



62 in Südtondern bis zu 1.005 in Rendsburg-Ost), während die CDU in allen Wahlkreisen erhebliche Verluste erlitten hat. Das zeigt, wie stark der Trend zur SPD war - gerade auch im ländlichen Raum.

3. Besonders erfreulich: Von den zwölf kandidierenden Frauen konnten sich neun in Direktwahlkreisen durchsetzen - sechs erzielten Gewinne auch in absoluten Zahlen und bei überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung; siehe Plön-Nord und Rendsburg-Ost (Wahlbeteiligung 83,1 beziehungsweise 83 Prozent, Gewinne 614 beziehungsweise 1.005 Stimmen). Ein großer Erfolg für die praktische Gleichstellungspolitik, auch wenn zwei Kandidatinnen den Einzug in den Landtag nur knapp verfehlten, so daß das gute Dutzend nicht voll wurde.

Dieser große Wahlerfolg ist täglich spürbar. Die Stimmung steht weiter auf Sieg. Dutzende von Neueintritten täglich sind zu vermelden. In einer Vielzahl von Briefen aus Schleswig-Holstein und dem gesamten Bundesgebiet findet der faire Wahlkampf von Björn Engholm und der SPD Schleswig-Holstein Anerkennung, wird gleichzeitig Unmut, Verärgerung und Ekel über den Schmutzwahlkampf der CDU ausgedrückt.

Dieser Schmutzwahlkampf der CDU war ein Bumerang:

- Die Ergebnisse gerade in kleinen Gemeinden des Landes zeigen, daß Wählerinnen und Wähler direkt von der CDU zur SPD „gewandert“ sind;
- Diese Art der Wahlkampfführung hat mit Sicherheit ihren Beitrag zum starken Rückgang der Wahlbeteiligung geleistet - ein schlechter Dienst an der Demokratie. Der Stil der SPD, ihr anständiger Wahlkampf, ihr überzeugender Spitzenkandidat Björn Engholm haben eine neue Attraktivität gerade auch bei den wahlentscheidenden kritischen Wechselwählern geschaffen, die es in Zukunft durch glaubwürdige Politik weiter zu überzeugen gilt.

Der Wahlkampf der CDU hat im alltäglichen Umgang der demokratischen Parteien tiefe Wunden geschlagen. Von der Broschüre „betr. Engholm“, die der CDU so wichtig war, daß sie daran ein Fairnessabkommen scheitern ließ, über hetzende Flugblätter mit anmaßenden Warnungen „Paß auf, Schleswig-Holstein“ an die mündigen Wahlbürgerinnen und -bürger bis zu Plakaten mit der Warnung vor dem „Rot-Grünen Chaos“ mit Worten wie „Scheißbullen“ und ähnlichem und dem richterlich verbotenen Artikel in ihrer Wahlkampfzaltung hat die CDU Hetze betrieben, statt sich Argumenten zu stellen. Ihr Wahlkampf reduzierte sich auf die Warnung vor Gefahren eines Regierungswechsels und der systematischen Verunglimpfung des SPD-Spitzenkandidaten Björn Engholm. Zwischen „Alle Wege führen nach Moskau“ und der Warnung vor dem „Rot-Grünen Chaos“ liegen zeitlich über dreißig Jahre, gedanklich nur Sekundenbruchteile.

Selten ist ein Wahlkampf von so gnadenloser Konsequenz im Umgang mit dem politischen Gegner geführt worden wie dieser Wahlkampf der CDU. Die Wählerinnen und Wähler in Schleswig-Holstein haben diesem Stil eine deutliche Absage erteilt. Auch die FDP bedurfte richterlicher Hinweise, um sich in letzter Minute von einem derartigen Vorgehen der CDU zu distanzieren, um nicht noch stärker in den Sog ihres Wunschpartners hinabgerissen zu werden. An diesem Verhalten der FDP hat sich bis heute nichts verändert.

Es bedarf tiefgreifender Veränderungen in der CDU im Lande, um den angerichteten Schaden wieder gutzumachen. Die Verfilzung von Regierungsapparat und CDU-Parteizentrale führt zu einer Gleichsetzung des fehlerhaften und verwerflichen Vorgehens beider in der Wahrnehmung der Bevölkerung. Aus Steuermitteln wird beides finanziert: Der Arbeitsvertrag von Herrn Pfeiffer und über die Wahlkampfkostenerstattung der Schmutzkampagne der CDU.

Die Aktivitäten des Herrn Pfeiffer passen nahtlos in die Strategie der CDU Schleswig-Holstein, für die der Landesvorsitzende, der Spitzenkandidat und der Wahlkampfleiter die Verantwortung tragen. Die angewandten Methoden unterschieden sich nur graduell, im Grundsatz haben sie ein einziges Ziel: die planmäßige Diffamierung des politischen Gegners. Die CDU hat aus ihrer Niederlage nichts dazu gelernt.

Das „Welter so“ gilt auch nach der Wahl weiter: Herr Stoltenberg lobt den hervorragenden Wahlkampf seiner Partei; Herr Reichardt bezeichnet die Ungeheuerlichkeit der Diffamierung der SPD in der von ihm herausgegebenen Zeitung als redaktionellen Fehler; Herr Barschel philosophiert über politische Verantwortlichkeit und ist unfähig, auch nur eine einzige Konsequenz aus der Schmutzkampagne zu ziehen. Die CDU in Schleswig-Holstein hat ihre Macht in Regierungsverantwortung im Wahlkampf mißbraucht. Sie braucht die Opposition, um eine Chance zur Entwicklung von Sensibilität für Demokratie zu erhalten.

In der Parteizentrale der CDU Schleswig-Holstein muß Klarschiff gemacht werden. Die Verantwortlichen für die Schmutzkampagne sind zu einer unerträglichen Belastung geworden, was den Umgang mit den anderen politischen Parteien betrifft. Statt halbherziger Distanzierungen fordern wir klare Konsequenzen.

(-/24.9.1987/vo-ha/rs)

* * *

Kein gutes Zeugnis für die Bonner Anti-AIDS-Politik

Schlußfolgerungen aus dem Werkstatt-Gespräch der SPD

Von Margit Conrad MdB

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft AIDS der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied der Enquete-Kommission AIDS des Deutschen Bundestages

Einen Tag lang hatten nicht die Mediziner und AIDS-Forscher das Sagen, sondern Betroffene und „vor Ort“ in den AIDS-Hilfen, im Gesundheitsamt, in Selbsthilfegruppen Arbeitende. Sie waren am Dienstag alle der Einladung des SPD-Bundesvorstandes, der SPD-Bundestagsfraktion und der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen gefolgt, um im Werkstattgespräch „AIDS in unserer Gesellschaft“ aus Ihrer Sicht auf gesellschaftliche Auswirkungen der Erkrankung aufmerksam zu machen, die Probleme bei Aufklärung, Beratung und Betreuung darzustellen.

Das wichtigste Ergebnis vorab:

1. Staatliche Zwangsmaßnahmen nach Bundesseuchengesetz, Beamtenrecht und Ausländergesetz sind nicht vereinbar mit zielgruppenorientierter Aufklärung. Wer einerseits seine Maßnahmen unter das Leitmotiv „Schutz der Gesunden vor den Kranken“ stellt, indem er die Infektionsquellen identifizieren und infizierte isolieren will (als wäre dies je möglich), der kann nicht glaubwürdig an das eigenverantwortliche Handeln des Einzelnen appellieren (AIDS kriegt man nicht, AIDS holt man sich).

Wer mit Zwangstests, Meldepflicht und Routinetests ohne Einwilligung der Betroffenen droht, der zerstört die Basis für eine an alle gerichtete Informationspolitik, insbesondere bei denen, die ein erhöhtes Risiko der AIDS-Infektion haben. Davon berichteten nicht nur die regionalen AIDS-Hilfen, sondern auch Jan Leidel vom Gesundheitsamt Köln. Das politische Klima ist im wesentlichen entscheidend für den Erfolg der Präventionsmaßnahmen. Sogar in Schweden, wo traditionell ein ungebrochenes Verhältnis zu staatlicher Datenerhebung besteht, die Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Verhaltensweisen viel höher ist, ein Antidiskriminierungsgesetz homosexuelle Partnerschaften schützt, führt die halbanonyme Meldepflicht zum Rückzug aus Mißtrauen und Angst vor den Folgen.

Ist es wirklich so schwer sich auszumalen - Schweden und Bayern vor Augen -, zu welchen Folgen seuchenrechtliche Maßnahmen in unserem, mit Erfahrungen des Faschismus belasteten Land führen müssen? Eine deutliche Erklärung von Frau Süsmuth zu der Gefährlichkeit der Praktiken in Bayern ist überfällig.

Wie will man aber bayerische administrative Maßnahmen ablehnen, wenn es gleichzeitig eine Kommission in Bonn gibt, die die Möglichkeit von AIDS-Tests bei Beamtenanwärtern prüft? Herbert Brückner, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen, brachte diesen Widerspruch auf den Punkt: Was soll eine AIDS-Stiftung, die unbürokratisch den HIV-Positiven und Kranken helfen soll, wenn auf der anderen Seite HIV-positiven jungen Beamtenanwärtern der Zugang zum Beruf verwehrt wird?

2. Weiter wurde von den Anwesenden eine mangelnde Koordination der verschiedenen Einrichtungen und Gremien beklagt, die sich alle anscheinend unabhängig von einander ihre fachspezifischen Gedanken machen: AIDS-Beirat, Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Innenministerium, Justizministerium, Forschungsministerium, AIDS-Stiftung „Positiv Leben“. - Außerdem will man noch eine Bundesstiftung (Kohl - Süsmuth) einrichten, tagt in Bonn mittlerweile eine AIDS-Enquete-Kommission des Bundestages und so weiter. Es fehlt an einem schlüssigen alle vorhandenen Informationen einbeziehenden Konzept.



3. Wir brauchen eine AIDS-Prävention, die nicht durch Prüderie und die Orientierung auf sexuelle Enthaltsamkeit geprägt ist, sondern die auf „Realitäten aufbaut“ und „verschiedene Sexualitäten akzeptiert“, so der Sexualwissenschaftler Dr. Görgens.
4. „Frauen und AIDS“ ist ein weitgehend vernachlässigtes Kapitel. Sie kommen meist nur als „Täterinnen“, als Prostituierte vor. Wie bezeichnen wir eigentlich die 1,2 Millionen Männer, die täglich zu Prostituierten gehen? Die Prostituierte gehört nicht allein zu einer „Risikogruppe“. Bei der IV-Drogenabhängigen, die der Beschaffungsprostitution nachgeht, ist die Drogenabhängigkeit das zusätzliche Risiko. Spezielle Beratungsangebote fehlen, ebenso Programme zur Unterstützung des Ausstiegs und Umstiegs für diese Personengruppen. Schwangerschaft und AIDS wäre hier ebenfalls zu nennen, denn es fehlt oft an Beratungsstellen, die auch auf Frauen und ihre spezifischen Probleme (zum Beispiel mit Schwangerschaften in Verbindung mit AIDS) ausgerichtet sind.
5. Von einer Ausstattung wie in Wien (drei Ärzte/-innen, immer zwei Psychologen/-innen, fünf Sekretärinnen fest angestellt) können die deutschen AIDS-Hilfen nur träumen. Daß die AIDS-Hilfen ihre Aufgabe nicht weiterhin fast nur auf Freiwillige stützen können, ist einleuchtend. Hier fehlt es nach wie vor an genügend finanzieller Unterstützung von Bund, Ländern und Gemeinden.
6. Niemand verfügt wohl zur Zeit über so viel Beratungserfahrung, Informationen über Diskriminierung, Ängste, Verdrängung, über Defizite bei Hilfsmaßnahmen, wie die Deutsche AIDS-Hilfe mit ihren 50 regionalen Gruppen. Warum werden sie in der Bundesrepublik nicht in dem Maße gefragt und gefördert wie in der Schweiz? Dort gibt es eine gemeinsame Abstimmung über Konzept und Strategie zwischen AIDS-Hilfe und Bundesgesundheitsamt, eine klare Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilung und auch ausreichende finanzielle Ausstattung der AIDS-Hilfen, die ansonsten aber unabhängig ihrer Arbeit nachgehen können.
7. Im internationalen Vergleich droht die Bundesregierung mit ihren Maßnahmen immer weiter hinterherzuhinken. Gründe sind vor allem:
 - daß sich verschiedene Strategien gegenseitig paralysieren (Bayern/Bonn);
 - die Handlungsunfähigkeit im Koalitionsstreit (ein bißchen Süsmuth, ein bißchen Gauweiler);
 - mangelnde Koordination der verschiedenen mit AIDS befaßten Stellen;
 - eine überwiegend auf die Medizin ausgerichtete Anti-AIDS-Strategie;
 - Prüderie und wenig Phantasie bei Aufklärung;
 - unzulängliche Unterstützung der vor Ort Arbeitenden;
 - keine durchdachte Strategie gegen die Diskriminierung der Hauptbetroffenen und der Positiven.

Als AIDS-Positiver hier zu leben ist „eine Hinrichtung in Raten“, so ein Betroffener.

(-/24.9.1987/vo-he/rs)

* * *



Vorne und hinten abgeschnitten**Zum Haushalt von Bildungsminister Möllemann**

Von Eckart Kuhlwein MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Bundesbildungsminister Möllemann ist dabei, deutsche Spruchweisheiten zu widerlegen: mit dem Haushaltsentwurf des Bundesbildungsministers für 1988 hat er gezeigt, daß es keineswegs immer ausgemacht ist, daß neue Besen gut kehren. Mit einer kräftigen Einbuße von einer halben Milliarde beim ohnehin knapp bemessenen Vier-Milliarden-DM-Budget hat er die Erosionen des Bildungshaushaltes der letzten Jahre offenbar kampflos fortgesetzt. Der Bund zieht sich aus seiner Mitverantwortung für die Entwicklung des Bildungswesens zurück, sein Beitrag wird nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ immer kleiner, und Zuwachsraten gibt es nur noch bei den Elitetiteln.

Dieses kritische Urteil hält auch dann stand, wenn man berücksichtigt, daß das Benachteiligtenprogramm des Bundes mit einem Volumen von circa 400 Millionen DM der Bundesanstalt für Arbeit überantwortet wurde, die es künftig aus Beitragsmitteln finanzieren soll. Zwar wird der Bundesbildungsminister noch inhaltlich auf die Gestaltung des Programms Einfluß nehmen können, den finanziellen Rahmen indessen bestimmen andere. Und ob und welche Maßnahmen in Zukunft für welchen genau beschriebenen Personenkreis finanziert werden, wird künftig die Bundesanstalt für Arbeit und ihre Selbstverwaltung festlegen.

Die Mittel für die Ausbildungsförderung schrumpfen von 1,58 Milliarden um weitere 80 Millionen DM. Das Geld hätte für kleinere strukturelle Verbesserungen im BAFÖG gereicht. Der Finanzminister - so hört man - hat es nicht zugelassen. So wird denn auch die angekündigte 11. BAFÖG-Novelle, die zum Herbst 1988 Verbesserungen bringen soll, kaum einen Durchbruch aus dem selbstverordneten Ghetto des Minderheiten-Stipendiums bringen.

Trotz vollmundiger Ankündigungen im Bereich der Frauenpolitik gibt es hier auch diesmal Fehlanzeige. Kein Sonderprogramm zur Ausbildung von Mädchen ohne Ausbildungsplatz in anerkannten und zukunftsorientierten Ausbildungsberufen, kein Sonderstipendienprogramm für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen.

Im Bereich der zwischen Bund und Ländern vereinbarten Modellversuche im Bildungswesen schrumpft das Volumen ebenfalls. Einige Programme, so für Behinderte und Ausländer, sind ausgelaufen, in anderen wird auf der Stelle getreten.

Für die Weiterentwicklung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten, die Möllemann gerne auch zu technologischen Beratungszentren machen möchte, liegt bis heute kein Konzept vor. Die veranschlagten Mittel reichen bei weitem nicht aus, um die Nachfrage von Handwerkskammern und Innungen und den notwendigen Ausbau für die neuen Ausbildungsordnungen zu finanzieren.

Wie üblich sind die Anträge der SPD-Fraktion vom Ausschuß für Bildung und Wissenschaft abgelehnt worden. Dabei waren einige davon durchaus beschneiden und alle in der Sache gut begründet. Man kann die Kritik am Bildungshaushalt deshalb nur mit Hein Bräsig zusammenfassen: Vorne und hinten abgeschnitten und immer noch zu kurz!

(-/24.9.1987/va-he/rs)

* * *

